

Kampf gegen Rechtsextremismus

Mehr Geld für Programme gegen Rechts

Die Bundesregierung wird die Mittel im Kampf gegen Rechtsextremismus aufstocken. Wie die zuständige Familienministerin Ursula von der Leyen vor der Kabinettsklausur auf Schloss Meseberg sagte, werden die Ausgaben um fünf Millionen Euro erhöht. Zudem sollen bislang befristete Programme auf eine dauerhafte Basis gestellt werden.

Von der Leyen will sich zudem dafür einsetzen, dass der Landkreis Torgau-Oschatz - dort liegt Mügeln - Fördermittel im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit erhält. Dies müsse zusammen mit dem Freistaat Sachsen beschlossen werden. Nach von der Leyens Worten soll für Mügeln zudem ein lokaler Aktionsplan gegen Rechtsextremismus aufgestellt werden. Davon gebe es bundesweit bereits neunzig. Mügeln sei bislang aber nicht als Kandidat gemeldet worden.



Teilnehmer eines NPD-Aufmarsches zogen am 07. Juli durch Frankfurt am Main

Mügels Antrag auf Fördergelder abgelehnt...

Bekannt ist allerdings, dass Mügeln sich an anderer Stelle für Fördermittel im Kampf gegen Rechtsextremismus beworben hatte. So hatte der Kreis Torgau-Oschatz im April bei der Bundesregierung einen Antrag gestellt, dieser wurde aber abgelehnt. "Wir wissen, dass es eine mobile, gewaltbereite rechte Szene im Landkreis gibt", sagte der Sozialdezernent des Landkreises, Hans-Günter Sirrenberg der "Berliner Zeitung".

Seine Behörde habe am 25. April aus Berlin aber die endgültige Ablehnung des Fördergeldantrages erhalten. Die Kommune hatte sich um Gelder aus dem Aktionsprogramm "Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" beworben, für das das Bundesfamilienministerium federführend zuständig ist.



Seit dem Wochenende im Gespräch: Die sächsische Kleinstadt Mügeln

... und wer ist dafür verantwortlich?

Im Ministerium in Berlin schiebt man die Verantwortung für die Ablehnung an den Freistaat Sachsen ab. Diese sei aufgrund einer Einschätzung der sächsischen Staatsregierung erfolgt. Dort habe man dem Antrag des Landkreises Torgau-Oschatz in einer Vorbeurteilung geringe Priorität zugewiesen. Danach habe das Familienministerium den Antrag gar nicht genehmigen können.

Dem Ministerium zufolge haben in diesem Jahr insgesamt 216 Kommunen einen Antrag auf Förderung im Kampf gegen Rechts gestellt. 66 davon seien bislang berücksichtigt worden. Insgesamt wolle der Bund in diesem Jahr 90 lokale Aktionspläne mit einem Volumen von neun Millionen Euro fördern, davon 60 in den neuen Bundesländern. Die restlichen 15 Millionen Euro des Bundesprogramms fließen laut Sprecher in Projektarbeit der verschiedenen Initiativen sowie in wissenschaftliche Begleitung und die Verwaltung.